



## Antrag

—

Fraktion AfD

### **Finger weg vom Waffenrecht!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aus gegebenem Anlass aufgefordert, gegenüber den gesetzgebenden Organen der Bundesrepublik Deutschland und in der Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern einer weiteren Verschärfung des Waffenrechts entgegenzuwirken.

### **Begründung**

Die Angriffe mit Feuerwerkskörpern und Schreckschusswaffen auf Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Hilfskräfte und deren Fahrzeuge in der Silvesternacht 2022/23 vor allem in Berlin, haben die Bundesministerin für Inneres, Nancy Faeser, veranlasst, eine Verschärfung des Waffenrechts anzukündigen. Ein Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat vom 09.01.2023 will bereits den Erwerb und Besitz von bislang erlaubnisfreien SRS-Waffen (Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen) erlaubnispflichtig machen. Eine Erlaubnispflicht für solche Defensiv- und Selbstschutzwaffen bestand bislang in Form des „Kleinen Waffenscheins“ nur für das Führen in der Öffentlichkeit.

In der Bundesrepublik Deutschland gilt jetzt schon das restriktivste Waffenrecht in der EU. Eine neuerliche Verschärfung des Waffenrechts geht am Problem der mit Waffen und Feuerwerkskörpern in der Silvesternacht ausgeübten Migrantengewalt vorbei. Statt sich rechtspolitisch beim Waffenrecht am gesamten benachbarten Ausland zu orientieren, geht Deutschland weiter den Irrweg von Schikane und Gängelung der Legalwaffenbesitzer, nicht zuletzt, um von Defiziten in der Ausländer- und Zuwanderungspolitik abzulenken. Die Schnelligkeit, mit der der Referentenentwurf vorgelegt wurde, lässt zudem vermuten, dass eine Verschärfung des Waffenrechts schon lange geplant war und nur auf einen Anlass gewartet

wurde, um einmal mehr den legalen Waffenerwerb und -besitz zu erschweren. Das diskriminiert die mehr als 25 Tausend Legalwaffenbesitzer in Sachsen-Anhalt, die nicht zuletzt in den Schützenvereinen in der Fläche des Landes zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitz